

**Anpassung der Standortbewertung von Mobilfunkanlagen an aktuelle Anforderungen**  
**(Referenten: Herr Prof. Dr. Rosenfeld, Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll)**

**Antrag:**

Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt beschließt die Anpassung der Standortbewertung von Mobilfunkanlagen an aktuelle Anforderungen. Dazu wird die Mindestabstandsregelung von 100 Metern für Mobilfunkanlagen auf städtischen Liegenschaften zu Schulen und Kindergärten (V0183/2002) aufgehoben, um eine bessere Netzabdeckung zu ermöglichen. Die gesetzlichen Grenzwerte für elektromagnetische Felder bleiben weiterhin maßgeblich.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	03.04.2025	Vorberatung
Stadtrat	10.04.2025	Entscheidung

**Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 03.04.2025**

Die ödp-Stadtratsgruppe stehe dem Thema Mobilfunk kritisch gegenüber. Stadtrat Köstler bemängelt, dass der Beschlussvorlage Hintergründe fehlen, denn es sei nicht bekannt, um wie viele Liegenschaften es sich handelt. Auch stelle sich die Frage, wie viele Anfragen nicht beantwortet werden können. Auch die Finanzen, da eine Mobilfunkanlage eine Einnahmequelle sei, seien nicht betrachtet worden. Insofern wäre die Information schon wichtig, um wie viel Geld es sich handelt. Weiter merkt Stadtrat Köstler an, dass wie in der Vorlage beschrieben, theoretisch sogar auf Schulen eine Mobilfunkanlage installiert werden könne. In Anbetracht der Diskussion ein Handyverbot für Schüler zu erteilen, widerspreche sich das Anbringen einer Mobilfunkanlage an Schulen. Stadtrat Köstler finde es absolut unpassend dies zu ermöglichen. Seines Erachtens müsse in der Vorlage als rein symbolischer Akt aufgeführt werden, dass grundsätzlich keine Antennen auf Schulgebäude angebracht werden dürfen. Weiter stelle sich die Frage, wie viele Masten in der Nähe von Schulen benötigt werden. Hierzu verweist er auf die Worst-Case-Auslastungskonfiguration und fragt nach, wie viele Masten eigentlich benötigt werden, wenn diese eigentlich nie überlastet seien. Für Stadtrat Köstler seien hier zu viele Fragen offen und insofern werde er dieser Vorlage nicht zustimmen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist hierzu auf den Runden Tisch Mobilfunk. Hier seien immer wieder die Schwierigkeiten der Mobilfunkanbieter, geeignete Standorte gerade im Innenstadtbereich, wo es viele Schulen und Kitas gebe zu finden, geschildert worden. Jeder benutze heutzutage ein Handy und auch wenn die Ausleuchtung in der Stadt vergleichsweise gut sei, gebe es immer wieder Funklöcher. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass die Strahlenbelastung minimal sei und von daher solle man dieses Hemmnis, das nicht mehr der Realität entspreche, aufheben.

Die von Stadtrat Köstler angeforderten Zahlen seien teilweise in der Vorlage aufgeführt, so Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Er verweist auf Vereinbarungen zwischen den Kommunen und den Betreibern. Die Kommunen bemühen sich, Standorte bei entsprechenden Suchkreisanfragen auf städtischen Liegenschaften zu finden. Herr Prof. Dr. Rosenfeld merkt an, dass in den

vergangenen Jahren keine einzige Suchkreisanfrage, obwohl 15 Liegenschaften in sieben Suchkreisen seien, bedient werden konnte. Dies liege daran, dass die Stadt sich an die Empfehlung aus dem Jahr 2002 halte. Das Paradoxe sei, dass es bei Schulen, die in den Bereich des Suchkreises liegen, nicht verhindert werden könne, wenn ein privater benachbarter Liegenschaftseigentümer eine Vereinbarung mit einem Mobilfunkbetreiber treffe. Somit habe die Stadt, sofern kein Bauantrag gestellt werden müsse, keine Handhabe, dies zu verhindern. Dies sei der Auslöser für die Messung bei der Gnadenthal-Schule gewesen. Denn in der Kupferstraße habe ein privater Anbieter eine Antenne errichtet. Das Ergebnis der Messung zeigt, dass es höchst unwahrscheinlich sei, dass man überhaupt in die Nähe der Grenzwerte komme. Nach den Worten von Herrn Prof. Dr. Rosenfeld sei es angesichts der mangelnden Effizienz ehrlicher, wenn die Stadt sich überhaupt nicht mehr um diesen Prozess kümmern würde. Dem stehe aber die Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit den Mobilfunkbetreibern entgegen. Die Datennutzung steige rapide an und der Bedarf sei gegeben. Dies sei ein wichtiger Faktor für die Bürger und für die Wirtschaft. Die Wahrheit sei, dass der Hauptanteil der Strahlenbelastung vom eigenen Handy ausgehe.

Das Wichtigste sei, dass die Strahlengrenzwerte eingehalten werden, so Stadtrat Schäuble. Man müsse schon überlegen, dass man in der Wirtschaftskrise stecke und neue Technologien benötigt werden, die in Ingolstadt gefördert und auch gefordert werden sollen. Gleichzeitig werde die Grundlage dessen, was benötigt werde, in Frage gestellt. Dies passe nicht zusammen, denn es müsse nach vorne geschaut werden. Die anerkannten Grenzwerte werden streng seitens der Stadt geprüft und insofern könne Stadtrat Schäuble seine Zustimmung erteilen.

Gegen 1 Stimme:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.